N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

am 25.10.2023

Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 21:40 Uhr

Anwesend: Bürgermeister Dr. Soltau

Gemeinderatsmitglieder: 14 **Normalzahl: 18**

Anwesend:

Vera Ambros
Susanne Bailer
Timo Dolch ab 19:53 (§ 5)
Johannes Ferber
Michael Gassler
Elvira Hornung
Dr. Matthias Illing
Siegfried Maier
Gerhard Mayer ab 19:51 (§ 5)
Thomas Nissel
Steffen Reichl
Philipp Wandel
Gudrun Witte-Borst
Nina Zorn

Beurlaubt:

Günter Brucklacher
Adam Dürr
Jürgen Henes
Joachim Kaiser

Außerdem anwesend:
Herr Raster (DRK) zu § 5
Herr Friedrich (DRK) zu § 5
Herr Greiner
Frau Marinic
Frau Schoser

Schriftführer: Herr Breisch

Zur Beurkundung:

Bürgermeister: Gemeinderatsmitglieder:

Schriftführer:

T A G E S O R D N U N G für den öffentlichen Teil		**Vorlage Nr.**
1.	Bekanntgabe der Niederschrift aus der Sitzung vom 12.07.2023 und 27.09.2023	
2.	Mitteilungen	
3.	Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse	
4.	Einwohner- und Jugendfragestunde	
5.	Ersatzbeschaffung eines Notfallkrankentransportwagens (KTW) für die Gesamtgemeinde Kusterdingen - Zuschuss der Gemeinde an den DRK-Ortsverein Kirchentellinsfurt/Kusterdingen	132/2023
6.	Antrag der Fraktion Härtenliste für einen sicheren Fahrradverkehr zwischen Wankheim und Kusterdingen als Beitrag zur Mobilitätswende auf den Härten	liegt Ihnen bereits vor
7.	Aufbau Datenschutzmanagement und Bestellung externer Datenschutzbeauftragter	131/2023
8.	Wünsche, Verschiedenes, Anträge	

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

Der Vorsitzende stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

§ 1

Bekanntgabe der Niederschriften aus den Sitzungen vom 12.07.2023 und 27.09.2023

Die oben genannten Niederschriften werden im Umlaufverfahren bekannt gegeben. Einwendungen oder Anregungen zum Inhalt der Niederschriften werden nicht erhoben.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

§ 2

Mitteilungen

Der Vorsitzende stellt Herrn Martin Greiner vor. Dieser ist seit dem 01.10.2023 neuer Ordnungsamtsleiter der Gemeinde. Seine erste Aufgabe im Amt, der Umzug des Ordnungsamts in die Räumlichkeiten in der Raiffeisenstraße, ist nun abgeschlossen.

Der Vorsitzende teilt weiter mit, dass das Tipi des Waldkindergartens Mähringen nach dem Sturmschaden repariert wurde und wieder genutzt werden kann.

GR Reichl erkundigt sich, ob für das Tipi künftig eine Versicherung abgeschlossen wird.

Frau Marinic entgegnet, dass ihr der Verein mitgeteilt hat, dass man eine Versicherung abschließen möchte, aber noch eines der Angebote aussteht.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

§ 3

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Es liegen keine Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vor.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

§ 4

Einwohner- und Jugendfragestunden

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 14 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 4 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

§ 5

Ersatzbeschaffung eines Notfallkrankentransportwagens (KTW) für die Gesamtgemeinde Kusterdingen

- **Zuschuss der Gemeinde an den DRK-Ortsverein Kirchentellinsfurt/Kusterdingen**

Die Beratungsvorlage 132/2023 wird Bestandteil der Niederschrift.

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Raster und Friedrich vom DRK-Ortsverein Kirchentellinsfurt/Kusterdingen. Er betont, dass der DRK-Ortsverein ein verlässlicher und schlagkräftiger Partner ist. Der erste Kontakt von Personen in Not ist oft ein Helfer-vor-Ort des DRK. Der Vorsitzende erläutert weiter, dass der DRK-Ortsverein um einen gemeindlichen Zuschuss für eine Ersatzbeschaffung des Notfallkrankentransportwagens in Wankheim bittet. Das Geld, welches der Ortsverein mit den Corona-Tests verdienst hat, wurde in die Zentrale beim Sportplatz investiert, wo auch das Bürgerauto steht.

Herr Raster führt aus, dass der Ortsverein über annähernd 30 Einsatzkräfte als Helfer-vor-Ort verfügt. Für den Notfallkrankentransportwagen, welcher in Wankheim stationiert ist, braucht man nun Ersatz. Herr Raster berichtet, dass die Bereitstellung des Notfallkrankenwagens in Wankheim seit 10 Jahren ein wichtiges Aufgabenfeld der Helfer-vor-Ort in der Gemeinde darstellt. Zusätzlich zu den rund 1.600 Helfer-vor-Ort Einsätzen in den vergangenen Jahren, wurde der Notfallkrankentransportwagen in Wankheim zu 70 Einsätzen ohne Rettungsdienst alarmiert, da zu diesem Zeitpunkt kein anderes Rettungsmittel des Regelrettungsdienstes aus Tübingen verfügbar war. In einem Notfallkrankentransportwagen können Patienten komplett versorgt und auch in ein Krankenhaus transportiert werden. Nicht zu verwechseln ist das Fahrzeug mit einem Rettungswagen, dieser ist eine rollende Intensivstation. Der Notfallkrankentransportwagen in Wankheim weist einen Tachostand von 380.000 € auf und

wird die nächste TÜV-Prüfung ohne hohe Reparaturkosten nicht mehr bestehen. Das Fahrzeug soll gebraucht erworben werden, 10-15 Jahre im Dienst bleiben und wird ca. 80.000 € kosten. Um mehr Platz zu bieten, soll ein etwas größeres Fahrzeug erworben werden. 10.000 € kann der DRK-Ortsverein aus eigenen Mitteln stemmen. Ein Neufahrzeug würde 180.000 € kosten, dieses ist aber nicht nötig.

GR Gassler ist froh über die Helfer-vor-Ort, diese leisten gute Hilfe, bis der Rettungsdienst da ist. Er wird dem Antrag des Ortsvereins aber nicht zustimmen. GR Gassler sagt, dass Transportfahrten von Helfern-vor-Ort unzulässig sind. Wenn das DRK aus Tübingen nicht rechtzeitig kommt, stimmt etwas im System nicht. GR Gassler weist darauf hin, dass es geeignete gebrauchte Fahrzeuge für 20.000 € gibt, eben nicht in Baden-Württemberg. Zudem spricht GR Gassler die Transportpauschale an, die der Ortsverein für Transportfahrten erhält.

Herr Raster entgegnet, dass die Helfer-vor-Ort auch künftig keine Transportfahrten übernehmen sollen, nur wie bisher, wenn aus Tübingen kein Fahrzeug verfügbar ist. Leider stimmt im Gesundheitssystem vieles nicht. Herr Raster sagt, dass man eine Transportpauschale in Höhe von 90 €/Fahrt erhält. Für diese Transporte hat der Ortsverein eine Genehmigung, sie sind auch hochqualifiziert besetzt. Herr Raster ergänzt, dass ein älteres Gebrauchtfahrzeug wieder nur wenige Jahre hält.

Der Vorsitzende erkundigt sich bei GR Gassler, ob dieser den Standort Wankheim erhalten möchte.

GR Gassler bestätigt dies. Man braucht dort aber keinen Notfallkrankentransportwagen. Er ergänzt, dass die Gemeinde bald kein Geld mehr hat, wenn jeder Verein einen Zuschuss von 70.000 € wünscht. GR Gassler sagt, dass das aktuelle Fahrzeug auch nochmals repariert werden kann.

GRin Hornung sieht den Zuschuss ebenfalls kritisch, auch wenn das DRK eine super Sache ist. Sie spricht an, dass das DRK in Deutschland einen Umsatz von 700 Mio. € hat und betont, dass die Stadt Tübingen auch keine Rettungsfahrzeuge kauft, sondern dies durch das DRK erfolgt.

Herr Raster entgegnet, dass der Rettungsdienst finanziert ist, aber nicht das Ehrenamt. Der Ortsverein wird vom Kreisverband finanziell unterstützt. Dieses Geld wird jedoch für die Bezahlung der Fixkosten benötigt. Für die Zentrale in Kirchentellinsfurt hat der Ortsverein 80.000 € an Zuschuss erhalten. In Kusterdingen hat man auf einen Zuschussantrag für die Zentrale verzichtet, da man von den Corona-Tests Geld hatte.

GRin Hornung spricht an, dass die Gemeinnützigkeit des DRK auch schon in Zweifel gezogen wurde. Sie fragt sich, ob eine Gemeinde der richtige Zahler für einen Notfallkrankentransportwagen ist.

Der Vorsitzende erläutert, dass es heute nur darum geht, Geld in den Haushaltsentwurf aufzunehmen. Erst in den Haushaltsberatungen wird tatsächlich über den Zuschuss entschieden.

GRin Hornung meint, dass das Einstellen von Mitteln in den Haushaltsentwurf Erwartungen weckt. Es wäre unehrlich, wenn die Mittel dann gestrichen werden.

Herr Raster führt aus, dass Städte in der Regel keine Zuschüsse für DRK-Fahrzeuge geben. Dettenhausen hat jedoch für 150.000 € ein Neufahrzeug gekauft. Wannweil hat fast die kompletten Helfer-vor-Ort bezahlt. Herr Raster betont, dass das Fahrzeug kein Spielzeug für den Verein werden soll, sondern der Sicherheit der Bevölkerung dient.

GRin Hornung hält fest, dass niemand dem Ortsverein unterstellt, dass er ein „Spielzeug“ will.

GRin Zorn möchte nicht sparen des Sparens willen. Sie will den Ortsverein mit 70.000 € unterstützen. Niemand kann garantieren, dass das alte Fahrzeug nach der Reparatur nicht bald wieder einen Defekt aufweist.

GR Reichl bedankt sich beim Ortsverein für seine Tätigkeit. Er ist froh über die Helfer-vor-Ort in Wankheim. Er schlägt einen Spendenaufruf an die Bevölkerung vor. GR Reichl befürchtet, dass der Gemeindehaushalt irgendwann kippen könnte. Er ist überzeugt, dass aus der Bürgerschaft viele Spenden eingehen würden. Man sieht dann, welcher Betrag noch für das Fahrzeug fehlt.

Herr Raster sagt, dass ein Spendenaufruf angedacht ist. Im Jahr werden vom Ortsverein ca. 16.000 € an Spenden generiert. Vor 7 Jahren hat man in Kirchentellinsfurt einmal einen Spendenaufruf gestartet, dieser hatte zwar Erfolg, die Jahresspenden sind dann aber eingebrochen.

GR Maier hält den Notfallkrankentransportwagen für eine sehr wichtige Sache. Er spricht an, dass die Feuerwehr, als Pflichtaufgabe der Gemeinde, ein Vielfaches kostet. Das DRK steht aber genauso parat. GR Maier meint, dass sich der Ortsverein schwer tun wird, wenn es kein Signal der Gemeinde für den Haushalt gibt. Im Frühjahr könnte es eine gemeinsame Spendenaktion mit der Gemeinde geben, vielleicht braucht man dann keine 70.000 € mehr. GR Maier spricht auch eine mögliche Finanzierung des Fahrzeugs an.

GRin Bailer sagt, dass ihr die Feuerwehr Mähringen einen großen Mängelkatalog vorgelegt hat. Bei einem Zuschuss in Höhe von 70.000 € an den DRK-Ortsverein tut sich GRin Bailer in Hinsicht auf die Feuerwehr Mähringen schwer.

Der Vorsitzende ergänzt, dass man mit Blick auf die Gesamtwehr kein schlechtes Gewissen haben muss.

GRin Zorn hält eine Fahrzeugfinanzierung für eine gute Idee. Trotz der Haushaltslage möchte sie den Teufel aber nicht an die Wand malen. Die Steuereinnahmen des Bundes gehen wieder nach oben. Die Krise kann ins Lot kommen.

GR Dr. Illing ist einem Zuschuss generell nicht abgeneigt, die Alternative wäre eine Verschlechterung der Versorgungssituation in der Gemeinde. Er fragt sich jedoch, warum ein größeres Fahrzeug benötigt wird, da es bisher mit dem kleineren auch funktioniert hat.

Herr Raster entgegnet, dass ein kleineres Fahrzeug zwar generell günstiger ist, die Aufrüstung zum Notfallkrankentransportwagen kostet jedoch mehr. Herr Raster ergänzt, dass man ohne Notfallkrankentransportwagen zwar nicht an Service verliert, es kann aber sein, dass Personen dann länger auf einen Transport warten müssen. Bezüglich der Fahrzeuggröße muss man schauen, was der Markt hergibt, wegen der Gewichtsbeschränkung im Führerschein, muss man aber unter 3,5 t bleiben.

GRin Ambros spricht an, dass es um die Planungssicherheit für den Ortsverein geht. In jeder Gemeinderatssitzung kommen neue Töpfe hinzu. Sie würde Mittel in den Haushaltsentwurf aufnehmen. Im Notfall zählen Minuten. Sie würde es dem Ortsverein überlassen, nach einem passenden Fahrzeug zu suchen.

GR Ferber erklärt, dass 70.000 € bei einer Laufzeit von 10 Jahren 7.000 € jährlich ergeben. Das Geld wäre für ihn sinnvoll investiert.

GR Dolch versteht die Diskussion nicht. In der letzten Sitzung hat man viel Geld für eine Straßenbeleuchtung frei gegeben. Nun gibt es diese Diskussion.

GRin Zorn hält fest, dass der Zuschussbetrag nicht auf das Konto des Ortsvereins fließen soll und der Gemeinderat hört dann nichts mehr davon.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat bei 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gemäß dem Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Ersatzbeschaffung eines Notfallkrankentransportwagens (KTW) für die Gesamtgemeinde Kusterdingen 70.000 € in den Entwurf des Haushalts 2024 einzustellen.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

§ 6

Antrag der Fraktion Härtenliste für einen sicheren Fahrradverkehr zwischen Wankheim und Kusterdingen als Beitrag zur Mobilitätswende auf den Härten

Das Antragsschreiben der Härtenliste wird Bestandteil der Niederschrift.

GRin Witte-Borst erläutert den Sachverhalt anhand des Antragschreibens der Härtenliste. Sie führt aus, dass der Bundestag im Oktober 2023 einen Gesetzentwurf gebilligt hat, wonach die Länder und Kommunen bei Änderungen der Straßenverkehrsordnung ermächtigt werden, Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung zu berücksichtigen, neben der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs. Weiter zitiert GRin Witte-Borst Landrat Edgar Wolff (Göppingen) welcher gesagt hat, dass man als Landkreis nur zukunftsfähig sein kann, wenn man auf ein so effizientes, flexibles und günstiges Verkehrsmittel wie das Fahrrad in den Planungen nicht verzichtet. Aus der Radstrategie des Landes Baden-Württemberg verliest sie: „Baden-Württemberg soll zur Pionierregion für nachhaltige Mobilität entwickelt werden. Dem Radverkehr als integraler Bestandteil und zentralen Säule eines modernen Verkehrssystems kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Entsprechend hat das Land sich als Ziele für die Radverkehrsförderung gesetzt, den Radverkehrsanteil bis 2020 gegenüber 2008 auf 16 % aller Wege zu verdoppeln und bis 2030 auf 20 % zu erhöhen.“ GRin Witte-Borst führt weiter aus, dass die Radverkehrspolitik Schnittstellen zu zahlreichen Politikfeldern wie der Umweltpolitik, der Verkehrssicherheitspolitik und der Sozial- und Gesundheitspolitik aufweist. Die Radverkehrsförderung hat in Baden-Württemberg in den letzten Jahren auf allen Ebenen an Bedeutung gewonnen. Der gestiegene Stellenwert des Radverkehrs zeigt sich in einer wachsenden Zahl radengagierter Kommunen. Dennoch ist die Radverkehrsförderung bis heute in starkem Maße abhängig vom Engagement einzelner Personen. Eine gleichberech-

tigte Berücksichtigung bei der Abwägung muss weiterhin immer wieder einzeln eingefordert werden und ist keine Selbstverständlichkeit. Geeignete Strukturen sind eine zentrale Voraussetzung, um den gestiegenen Stellenwert des Radverkehrs in der Bevölkerung möglichst flächendeckend auch auf die politische Diskussion und das Verwaltungshandeln zu übertragen. Sie stabilisieren damit die Radverkehrsförderung und verbreiten diese in Regionen, in denen bisher keine aktive Radverkehrspolitik betrieben wurde. Abschließend zitiert GRin Witte-Borst das Umweltbundesamt: „Es lohnt sich, eine Vision zu haben, groß und langfristig zu denken. Die Abkehr von der vorherrschenden Auffassung, der private Pkw verkörpere Fortschritt, ist eine Herausforderung. Nach wie vor wird dem PKW in vielen Städten überdurchschnittlich viel Raum eingeräumt. Dies führt dazu, dass der Mensch für soziale Interaktionen zu wenig Platz findet und häufig statt auf sicheren Radwegen nur auf Straßen Fahrrad fahren kann, die vor allem PKW zur Verfügung stehen. Diese Herausforderungen zeigen die dringende Notwendigkeit einer visionären und nachhaltigen Stadt- und Verkehrsplanung, die die Menschen im Fokus hat.“

Der Vorsitzende ergänzt, dass man in der letzten Sitzung des Gemeinderats Mittel in Höhe von 120.000 € frei gegeben hat, um damit die mögliche Kollision zwischen einem Kind und einem Fahrrad zu verhindern. Jetzt geht es darum, die mögliche Kollision eines Kindes mit einem PKW zu verhindern. Das Landratsamt Tübingen hat in seiner Stellungnahme festgehalten, dass PKW grundsätzlich weiterhin zum Häckselplatz fahren dürfen, auch die Landwirtschaft darf zu ihren Äckern. Der Vorsitzende hat eine grundsätzliche Sympathie für die Einrichtung einer Fahrradstraße in diesem Bereich.

GR Wandel hat die Stellungnahme des Landratsamts gelesen. Für ihn ist das Einrichten einer Fahrradstraße daraufhin undurchführbar, zudem hat es finanzielle Nachteile.

Der Vorsitzende entgegnet, dass man Zuschüsse in Höhe von ca. 2.000 € im Jahr für die Gemeindeverbindungsstraße erhält.

GR Ferber ist es wichtig, dass es eine schlüssige und leicht erkennbare Radverbindung zwischen Kusterdingen und Wankheim gibt.

Der Vorsitzende sagt, dass es von Wankheim bis zur Unterführung gar keine andere Möglichkeit für den Radverkehr gibt.

GRin Ambros entnimmt der Stellungnahme des Landratsamts, dass man in erster Linie den motorisierten Verkehr würdigt. Sie meint, dass man heute den Mut haben sollte, eine Entflechtung von Rad- und PKW-Verkehr zu beschließen. Es gibt sicherlich noch Details zu klären, ein Anfang muss aber gemacht werden.

GRin Hornung betont, dass die Straßenverkehrsordnung nicht geändert wurde. Sicherheit im Straßenverkehr ist weiterhin das A und O. Eine Fahrradstraße muss Sinn und Zweck haben, wenn sie nicht rechtswidrig sein soll. Durch die beantragte Fahrradstraße erfährt der Radverkehr keine Verbesserung. Vieles muss bedacht werden, wenn man eine Umwidmung durchführen möchte. Die Fahrradstraße muss für den Radverkehr geeignet sein, sonst ist man schnell in der Haftung. GRin Hornung spricht an, dass sich das RadnetzBW oft nicht mit den Radwegen vor Ort überschneidet.

Der Vorsitzende führt aus, dass man heute keinen Beschluss über eine Fahrradstraße fällen wird, sondern mit dem Beschluss die Einrichtung einer Fahrradstraße beim Landratsamt beantragt. Das Ergebnis dieses Antrags ist für den Vorsitzenden offen. Ob eine Fahrradstraße wirkungslos ist oder nicht, kommt darauf an, wie sie akzeptiert und eingehalten wird.

GR Maier erkundigt sich, ob man mit einem S-Pedelec eine Fahrradstraße nutzen darf.

GRin Hornung antwortet, dass dies nicht erlaubt ist.

GR Maier meint, dass man bei einer Fahrradstraße auch Fahrzeuge aussperrt, die bauartbedingt weniger als 60 km/h fahren können. GR Maier ist eher dafür, die Höchstgeschwindigkeit auf dieser Straße zu reduzieren. Wenn er mit seinem Traktor zum Hornbach fahren möchte, kann er die Fahrradstraße auch nicht nutzen, da er nicht landwirtschaftlich unterwegs wäre. GR Maier hält die Einrichtung einer Fahrradstraße nicht für ausgegoren. Er hofft auf Vernunft im Landratsamt. GR Maier gibt zu bedenken, dass dieser Weg im Rahmen des Baus der Windräder auch von LKW genutzt werden muss. Er meint, dass die Fahrradstraße nur für eine Gruppe von Radfahrern eingerichtet wird.

Der Vorsitzende entgegnet, dass man dies nicht für eine Gruppe von Radfahrern macht, sondern für die Sicherheit.

GRin Zorn geht es darum, das Landratsamt in die Prüfung zu bringen. Sie liest die vorliegende Stellungnahme positiv.

GR Mayer ist Autofahrer. Er fährt oft „hinten rum“ nach Gomaringen. Auf dieser Straße ist alles unterwegs. Der Weg spart ihm 5 Minuten. Er kommt dort mit den Radfahrern und Fußgängern gut aus. Oft fährt er hinterher, was auch in Ordnung ist. Er wäre für ein Schild „hier fahren alle“. Er möchte etwas Verbindendes und nicht differenzieren zwischen Rad- und Autofahrern. Er findet die Diskussion ganz schlimm.

GR Nissel wäre mehrfach tot, wenn er auf sein Vorfahrtsrecht an der Kreuzung am jüdischen Friedhof gepocht hätte und berichtet von einer brisanten Situation mit einem Autofahrer.

GRin Hornung sagt, dass an der von GR Nissel genannten Stelle kein „rechts vor links“ gilt, da es sich um einen untergeordneten Weg handelt.

GRin Witte-Borst geht es um eine Bewusstseinsänderung bei der Mobilität. Es geht ihr nicht darum, Radfahrer zu bevorzugen. Radfahrer haben ein anderes Gefährdungspotential. Man sollte Radfahren als unterstützenswerte Mobilität wahrnehmen, wie in den Niederlanden und Dänemark. Man soll nicht immer nur denken, was nicht gut ist. Sie möchte nicht weiter diskutieren.

GR Ferber hält fest, dass bei der Fahrradstraße natürlich noch Details geklärt werden müssen. Aber auch Most muss erst angesetzt werden, damit er gären kann.

GR Dolch kann die Einrichtung einer Fahrradstraße unterstützen. Er meint jedoch, dass man am Hundeplatz keinen Radschutzstreifen braucht, da man hier auf dem Gehweg fahren darf. GR Dolch gibt zu bedenken, dass die Bürgerschaft nicht nur aus Radfahrern besteht.

GR Mayer berichtet, dass er einmal eine schlechte Bewertung auf Google bekommen hat, weil er mit seinem Cateringwagen zu langsam gefahren ist.

GR Reichl möchte weiter diskutieren. Er sagt in Richtung von GRin Witte-Borst, dass man auch diskutieren dürfen sollte, wenn man anderer Meinung ist.

GR Wandel erkundigt sich, ob auch Geschwindigkeitskontrollen eingerichtet werden können, da auf diesem Weg tatsächlich zu schnell gefahren wird.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies über das Landratsamt möglich ist, die Frage ist eben, in welcher Dichte.

Auch GR Maier ist der Auffassung, dass auf diesen Wegen zu schnell gefahren wird. Der Verkehr könnte verlangsamt werden. Verbote sind nie gut. Alle sollten dort miteinander, aber langsamer fahren dürfen. In Bayern hat er gesehen, dass auf solchen Straßen die Geschwindigkeit kontrolliert wird. Dass an der Kreuzung am jüdischen Friedhof noch nichts passiert ist, grenzt für GR Maier an ein Wunder.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass im hinteren Teil der Straße Richtung Kusterdingen eine Fahrradstraße nicht möglich ist, da die Straße zu schmal ist.

GR Gassler spricht an, dass der Autoverkehr Richtung jüdischer Friedhof nicht stark ist. Man braucht hier keine Fahrradstraße. Besser wäre es, die Geschwindigkeit zu reduzieren.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat bei 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gemäß dem Antrag der Härtenliste:

Die Gemeinde beantragt, dass die bestehende, 5 m breite Straße ab der K6903 unter der B28 bis zur Kreuzung am jüdischen Friedhof als Fahrradstraße ausgewiesen wird.

Weiter

beschließt

der Gemeinderat bei 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gemäß dem Antrag der Härtenliste:

Ab der Kreuzung wird die nur 4 m breite Straße nach Kusterdingen am Sendemast vorbei bis zur Teichäcker mit einem Fahrverbot für Motorfahrzeuge belegt.

Abschließend

beschließt

der Gemeinderat bei 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gemäß dem Antrag der Härtenliste:

Vom Hundedressurplatz bis zur Lustnauer Straße soll ein Radschutzstreifen eingerichtet und das Ortsschild entsprechend versetzt werden.

Der der Ortschaftsrat Wankheim anders lautende Beschlüsse gefasst hat, ist ein Vermittlungsausschuss nötig. Dieser tagt am 02.11.2023 um 19:30 Uhr im Rathaus Wankheim.

Der Gemeinderat

wählt

mehrheitlich folgende Mitglieder des Gemeinderats als Vertreter in den Vermittlungsausschuss:

GR Maier, GR Wandel, GRin Zorn

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

§ 7

Aufbau Datenschutzmanagement und Bestellung externer Datenschutzbeauftragter

Die Beratungsvorlage 131/2023 wird Bestandteil der Niederschrift.

Frau Marinic erläutert den Sachverhalt anhand der Beratungsvorlage. Sie führt aus, dass seit Mai 2018 im Rahmen der EU-Datenschutzgrundverordnung die Verpflichtung für jede Behörde besteht, einen Datenschutzbeauftragten zu benennen. Zum 01.12.2017 betraute die Gemeinde das kommunale Rechenzentrum Komm.ONE mit der Betreuung als externer Datenschutzbeauftragter. Die Kosten beliefen sich auf 2.880 € jährlich. Zum Jahresbeginn 2024 wird das Rechenzentrum das Leistungsportfolio „Fachservice externer Datenschutzbeauftragter“ neu ausrichten. Die Preise für die Dienstleitung steigen damit auf mindestens 5.199 €. Aufgrund der hohen Preissteigerung und der wenig zufriedenstellenden Zusammenarbeit bei zugleich zunehmendem Beratungsbedarf im Rahmen der Digitalisierung, hat sich die Verwaltung nach anderen Anbietern umgeschaut. Die Firma varISO aus Mainz bietet die Dienstleistung „externer Datenschutzbeauftragter“ mit einem umfangreicheren Betreuungsumfang an, was zu einer Entlastung der Verwaltung führen würde. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 10.472 € jährlich. Allerdings sind hier nicht nur Beratungsstunden inbegriffen, es werden auch bestimmte Aufgaben direkt von varISO durchgeführt. Für die Betreuung durch varISO muss ein Datenschutzmanagement aufgebaut werden, welches Kosten in Höhe von 11.781 € verursacht.

GR Maier findet es schwer, Leistungen nach Arbeitstagen zu beurteilen und fragt nach, wie viele Stunden ein Arbeitstag umfasst.

Frau Marinic entgegnet, dass ein Arbeitstag 8 Stunden zuzüglich Vor- und Nachbereitung umfasst. Reisekosten wären zusätzlich zu entrichten.

GRin Zorn erkundigt sich, ob 12 Beratungsstunden pro Jahr ausreichen würden.

Frau Marinic sagt, dass 8 Arbeitstage pro Jahr angemessener wären. Für die Bearbeitung einer Datenpanne musste sie kürzlich einen Arbeitstag aufwenden. Sie ergänzt, dass man bei den Leistungen von varISO im Bereich des individuellen Angebots von Komm.ONE liegen würde.

GR Reichl hält 9 Arbeitstage für den Aufbau des Datenschutzmanagements für zu viel. Die Firma hat hierbei nicht viel zu tun, die meiste Arbeit fällt bei der Verwaltung an.

Frau Marinic ist sich dessen bewusst, ist aber froh, wenn das Datenschutzmanagement steht.

Daraufhin

beschließt

der Gemeinderat einstimmig gemäß dem Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat beschließt, die varISO GmbH mit Sitz in Mainz zum nächstmöglichen Termin mit dem Aufbau eines Datenschutzmanagementsystems und der Stellung eines externen Datenschutzbeauftragten zu beauftragen.

2. Den überplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2023 wird zugestimmt.

3. Ab dem Haushaltsjahr 2024 werden für den Datenschutz Haushaltsmittel i.H.v. 11.000 €/Jahr eingestellt.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

§ 8

Wünsche, Verschiedenes, Anträge

8.1 Bushaltestelle Altes Rathaus

GR Wandel spricht an, dass die Bushaltestelle am Alten Rathaus verwahrlost ist und man diese besser pflegen sollte.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

8.2 Einladungen zu den öffentlichen Sitzungen der Bauausschüsse „Feuerwehr“ und „Kita Hölderlinstraße“

GRin Hornung erkundigt sich, ob die Einladungen für die öffentlichen Sitzungen der Bauausschüsse „Feuerwehr“ und „Kita Hölderlinstraße“ nicht im Gemeindeboten veröffentlicht werden.

Frau Marinic entgegnet, dass die Einladung für die Sitzung des Ausschusses für den Neubau der Kita Hölderlinstraße im Gemeindeboten veröffentlicht wurde. Es waren auch Gäste anwesend.

Frau Schoser ergänzt, dass auch die Einladung für den Ausschuss des Neubaus des Feuerwehrhauses im Gemeindeboten veröffentlicht wurde, wenn auch in einer relativ kleinen Anzeige.

GRin Hornung erkundigt sich weiter, wann der Gemeinderat eine Information zur Kostenübersicht für diese beiden Projekte erhält.

Der Vorsitzende antwortet, dass demnächst wieder eine Information erfolgen kann, auch wenn die letzte noch nicht lange zurück liegt. Es würde sich z. B. nach dem Abschluss der Rohbauarbeiten anbieten.

GRin Ambros erkundigt sich, wie der Gemeinderat über die Vorgänge im Ausschuss „Kita Hölderlinstraße“ informiert wird.

GR Reichl sagt, dass er die Unterlagen zur Bemusterung erhalten hat.

GRin Ambros betont, dass für die Haushaltsberatungen 2024 alle Mitglieder des Gemeinderats auf dem gleichen Stand sein sollten.

Der Vorsitzende sagt, dass alle Gemeinderatsmitglieder zu den Haushaltsberatungen 2024 zum Stand bei beiden Projekten informiert werden.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

8.3 Sitzungsvorlagen auf der Gemeindehomepage

GRin Zorn spricht an, dass die öffentlichen Sitzungsvorlagen für die heutige Sitzung nicht auf der Gemeindehomepage veröffentlicht sind.

Der Vorsitzende sagt, dass er prüfen lässt, warum die Sitzungsvorlagen nicht online sind.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **- öffentlich -**	Verhandelt mit dem **GR** am **25.10.2023** Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 12 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Beurlaubt: 6 Außerdem anwesend: Herr Greiner, Frau Marinic, Frau Schoser Schriftführer Herr Breisch

8.4 Sitzungstermine der Ortschaftsräte auf der Gemeindehomepage

GR Ferber bittet darum, auch die Sitzungstermine der Ortschaftsräte auf der Gemeindehomepage zu veröffentlichen.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies wohl gehen würde. Es wird aber nochmals geprüft.